

Viel Quatsch über Schweden zusammengetragen von Debora Weber-Wulff

WP

Schweden ist eine parlamentarisch-demokratische Königreich. Das Frauenwahlrecht führte Schweden 1921 ein. Chef ist seit 1973 König Carl XVI. Gustaf. Die Stellung des Staatsoberhauptes ist rein repräsentativ und zeremoniell; der König hat keine politischen Macht und nimmt nicht am politischen Leben teil. Schweden galt lange als sozialdemokratisches Musterland; Schweden wurde von vielen europäischen Linken als gutes Beispiel für einen *dritten Weg* zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus gesehen. Das hat sich spätestens seit den Korrekturen in den 1990er Jahren geändert. Schweden ist in 21 *län* gegliedert. Die staatlichen Verwaltungsaufgaben auf die Regionen werden von einem *landshövding* und einer Provinzialregierung (schwed. *länsstyrelse*) wahrgenommen.

WPCopy

Das politische System Schwedens beschreibt das Ergebnis der politischen sowie staatlichen Drahtzieher, Institutionen und Prozesse der Entscheidungsfindung in Schweden. Das System Schwedens ist als dezentraler Staat und parlamentarische Monarchie organisiert. Hauptbedeutung sind die direkt gegeneinander konkurrierenden Parteien und der Reichstag, der Ministerpräsidentenwahl beauftragt ist. Der König von Schweden als Staatsoberhaupt nimmt nur repräsentative Funktionen wahr. Schwedens Staatsoberhaupt ist dem Grundgesetz zur Regierungsform nach der König von Schweden. Die Thronfolge wird durch ein weiteres Gesetz, Successionsordnungen, geregelt.

Die Aufgaben des Staatsoberhauptes sind in der Verfassung rein repräsentativ und zeremoniell. Der König hat keine politische Machtbefugnisse und nimmt nicht am politischen Leben teil.

Referendum

Die Volksabstimmungen zu EG/EU-Fragen in den letzten Jahren in Dänemark, Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden gaben Anlaß, über das Instrument der Volksabstimmungen neu nachzudenken. Geschichte, Funktion, Zielsetzungen und Bedeutung dieses Instruments sollen im folgenden dargestellt und bewertet werden. In der deutschen Umgangssprache wird in der Regel von Volksabstimmungen gesprochen, ohne diesen Begriff genauer zu definieren und die unterschiedlichen Verfahrensweisen zu unterscheiden. Zunächst muss über den Begriff im klaren werden, und die verschiedenen Möglichkeiten der direkten Befragung der Meinung des Volks veranschaulichen. Grundsätzlich gilt es zu unterscheiden zwischen dem Initiativrecht des Volkes, bei dem aus dem Volk eine politische Frage abgestimmt wird, und dem Referendumsrecht

Kalmar

An der alten Grenze zwischen den Königreichen Dänemark und Schweden liegend verwendet die Stadt Kalmar das Jubiläum der nach ihr benannten Union zur Eigenbekenntnisse im ganzen Norden. Aber einte die Kalmarer Union die nordeuropäischen Völker wirklich?

Dänemark ist sehr stolz auf seine Legende als der ältesten Monarchie der Welt und trauert so manches Mal seinem vergangenen Großmachtstatus nach: 1397 vereinte man die Kronen Dänemarks, Norwegens und Schweden-Finnlands unter dänischer Vorherrschaft. Noch bis zum Dreißigjährigen Krieg blieb man Großmacht in Europa. Mit dem Verkauf der westindischen Inselkolonien an die USA 1917, der Unabhängigkeit Islands 1944 ist der letzte Glanz geographischer Herrschaft verschwunden, geblieben sind die autonomen, dem Dänemark noch zugehörigen Atlantikinseln Grönland und die Färöer.

OA

Die achtziger Jahre brachten in Skandinavien zunächst eine dauernde Zunahme der Zahl verkaufter Exemplare, nachdem, wie in fast allen Ländern im Westen, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein großes Zeitungssterben sowohl die Zahl der selbständigen Zeitschriften als auch die Verkaufszahlen reduziert hatte. Erst Ende der 80er Jahre gerieten die Zeitungen, im Zusammenhang mit den konjunkturellen Krisen, erneut in Problemen. Allerdings zeigten sich diese weniger im Verlust der Abonnementzahlen als vielmehr im verminderten Anzeigenaufkommen. Die Presse in Schweden profitiert von allen skandinavischen Ländern wahrscheinlich am stärksten von staatlichen Unterstützung. Dazu zählen die Befreiung von der Mehrwertsteuer, niedrige Steuern für Anzeigen, postalische Vergünstigungen, Unterstützung der Zusammenarbeit bei der Zeitungsdistribution und direkte Subventionen für lokale Zweitzeitungen, die weniger als 50% der entsprechenden Häuser erreichen.

WP

Die Ursprünge des schwedischen politischen Systems sind in den Verwaltungsreformen des Axel Oxenstierna von 1618. Anders als den meisten Demokratien dürfen die Minister, also die Regierung, die ausführenden Organe nicht unmittelbar steuern (Ostnordische Verwaltungsform, auch in Finnland gebraucht). Sondern sind es die unabhängig agierenden Zentralämter (beispielsweise Trafikverket, Skolverket – es gibt ungefähr 200 in unterschiedlicher Größe), die die Aufgaben erfüllen, die in anderen Ländern von Ministerien oder Landesverwaltungen realisiert werden. Wiederum haben die Ministerien die Aufgabe, Gesetzesvorlagen vorzubereiten und im besten Fall die Möglichkeit, die Arbeit der Ämter durch Verordnungen zu beeinflussen. Der *statsminister* wird vom Reichstag ernannt, der seinerseits die weiteren Minister (schwed. *statsråd*) der Regierung ernennt.

WPCopy

Schweden hat mit dem Reichstag ein Einkammer Parlament. Es besteht aus 350 Abgeordneten, die nach Verhältniswahl bestimmt werden. Eine Legislaturperiode dauert 4 Jahre, Wahltag ist stets der 3. Sonntag im September.

Die im Reichstag vertretenen Parteien bilden Fraktionen deren Arbeitsweise nicht gesetzlich geregelt ist. Die Fraktionen entscheiden selbst, was sie arbeiten wollen, doch bekommen sie gute finanzielle Unterstützung.

Die wichtigsten Aufgaben des Reichstages sind:

1. Wahl des Premierministers
2. Gesetze
3. Beschlussfassung vom Staatshaushalt, Steuern und Abgaben
4. Kontrolle der Bundesregierung
5. Entlassung einzelner Regierungsmitglieder oder des Premierministers durch ein Misstrauensabstimmung

Um die Verfassung zu ändern, benötigt ein Änderungsvorschlag im Reichstag zunächst die einfache Mehrheit.

Referendum

Die schwedische Verfassung sieht im 8. Kapitel, " 15 eine beschließende Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen vor, die von 1/3 der Abgeordneten im riksdag erzwungen werden kann, sie sollte dann gleichzeitig mit der nächsten Reichstagswahl erfolgen. Die norwegische Verfassung von 1814 sieht Volksabstimmungen gar nicht vor, die isländische erlaubt Verfassungsänderungen nur bei Verabschiedung durch 2 aufeinanderfolgende Althinge (Art. 11, 26, 79). Auch in der deutschen Verfassung werden Volksabstimmungen nicht als normales Entscheidungsverfahren angesehen, nur im Art. 146 GG heißt es: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Kalmar

Schweden feiert Gustav I. Vasa und die unter seiner Herrschaft erfolgte Loslösung von der Kalmarer Union und dänischer Mächtigkeit, ist stolz auf die durch Gustav II. Adolf erkämpfte Großmachtposition während des Dreißigjährigen und früherer und folgender Kriege. Wie für Schweden ist für Norwegen die Gedenken an die Zeit des gemeinsamen Union unter dänischer Herrschaft eine recht schmerzhaft, bedeutete diese Union doch den ersten Schritt zum Verlust der ebenbürtigen Existenz im Verbund des Königreichs Dänemark-Norwegen. Für Finnland wiederum ist Kalmar geographisch und historisch sehr weit weg - staatliche Souveränität erlangte man erst 1917. Wie kommt man wohl auf die Idee, das Jubiläum der Kalmarer Union zum vereinten Nachdenken über den Nordismus zum Anlaß zu nehmen, Kalmar sogar zur Hauptstadt des Nordens zu erheben?

OA

Die Pressehilfe betrug 1985/86 fast 500 Mill. Kronen und machte etwa 30 % der den Zeitungen zur Verfügung stehenden Geld aus. Diese Förderung führte dazu, daß es in Schweden immer noch normal ist (trotz der anhaltenden Krise der großen Abonnementszeitungen), in einem Haushalt 2 Zeitungen, eine lokale Morgenzeitung und ein Boulevardblatt, oder manchmal noch als dritte eine der überregionalen Abonnementszeitungen vorzufinden. Dadurch hat Schweden eine der höchsten pro Einwohner- Verkaufszahlen der Welt (60 Exemplare pro 100 Einwohner im Jahre 1987.) Zum Vergleich kamen in der alten Bundesrepublik Deutschland 33, in den USA 31 und in

Frankreich 25 Exemplare auf 100 Einwohner). Schweden besitzt etwa so viele unabhängige Zeitungen wie die viel größeren Länder Frankreich oder Großbritannien.

WP

Die kommunale Selbstverwaltung geschieht auf 2 Ebenen: den (seit 2003) 290 *kommun* und den Provinziallandtagen (schwed. *landsting*), die eine Art Kommunenverbund darstellen (nicht zu verwechseln mit den *länsstyrelse*). Die Gemeinden nehmen alle kommunalen Aufgaben, wie unter anderem das Bildungswesen, soziale Dienstleistungen, Kinder- und Altenbetreuung sowie die lokale Infrastruktur wahr, jedoch werden die Rahmenbedingungen von den zentralen Behörden, bestimmt. Die Provinziallandtage hingegen sind für den Bereiche der kommunalen Selbstverwaltung zuständig, die die Kraft einzelner Gemeinden übersteigen, wie zum Beispiel das Gesundheitswesen und die Krankenpflege, den Regionalverkehr und die Verkehrslenkung. Die Gemeinden und die Provinziallandtage finanzieren ihre Arbeit durch die Erhebung von Einkommenssteuern, mit Abgaben und staatlichen Zuschüssen.

WPCopy

Falls diese zustande gekommen sind, muss der Vorschlag in der darauffolgenden Legislaturperiode nochmal mit einfacher Mehrheit angenommen werden. In dem Fall also muss zwischen den beiden Abstimmungen die Reichstagswahl liegen, so dass das Volk Einfluss auf die Parteienverhältnisse der 2. Abstimmung nehmen kann.

Neben dieser in der Praxis üblichen Art der Verfassungsänderung gibt es auch noch Abänderungen dieses Verfahrens.

Gesetzesentwürfe können von der Regierung als Proposition oder von Abgeordneten (Motion) eingebracht werden. Bei komplexeren Gesetzesvorhaben wird ein auf Einigkeit ausgerichtetes "Remiss-Verfahren" angewendet. So wird zunächst eine Kommission berufen, die den Sachverhalt untersucht. Diese Kommissionsergebnisse werden veröffentlicht („Statens Offentliga Utredningar“, SOU) und gehen allen betroffenen Einrichtungen zu, damit diese dazu Stellung nehmen können.

Referendum

Schon in der Kategorisierung der Volksabstimmungen wurde deutlich, daß ein Problem in dem Initiativrecht liegt, d.h. wer darf ein Thema zur Volksabstimmung vorlegen? Das Initiativrecht kann dem Staatsoberhaupt, der Regierung, dem Parlament oder aber den Wahlberechtigten selber liegen. Normalerweise sind es jedoch Regierung und/oder Volksvertretung, in deren Händen die Initiative liegt. In vielen Fällen ist es ja verfassungsmäßig vorgeschrieben, wozu eine Volksabstimmung erfolgen muß, oft aber bleiben die Bestimmungen unklar, oder wie im Beispiel Norwegens schon gesehen, handelt es sich um eine typische Frage. Diese unregelte Rechtslage macht einen parlamentarischen Einigkeit notwendig, der in Nordeuropa offensichtlich stets zu finden war, der aber auch Probleme mit sich bringt.

Kalmar

Eigentlich war Kalmar auch Namensgeberin für kriegerische Auseinandersetzungen im Skandinavien, in blutigste Erinnerung prägte sich dabei der Kalmarer Krieg von 1610 zwischen Schweden und Dänemark ein.

In welchem Glanz der "Nordischen Union" kann man sich denn über 600 Jahre später grenzübergreifend sonnen? Wie kam es zu diesem Union?

Es ist hier nicht der Platz, die umfangreiche historische Debatte um das Zustandekommen der Kalmarer Union, die in Kalmar verhandelten und unterzeichneten Papiere und deren Rechtsgültigkeit einzugehen. Es soll nur eine knappe Skizze hier folgen.

Nicht nur im skandinavischen Mittelalter spielte dynastische, Heirats- und Erbschaftspolitik eine wichtige Rolle im Machtkampf der Länder. Für den Norden Europas entstand dabei Ende des 14. Jhs eine heikle, aber auch chancenreiche Kombination von Ehen zwischen den Königshäusern.

OA

Während, wie in ganz Skandinavien, die Zeitungen seit Ende des 1800er fast durchweg parteigebunden waren, bezeichnen sich heute fast alle als "oberoende", d.h. unabhängig, obwohl es in Schweden sehr üblich ist, den Zeitungen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung ein parteipolitisches Label anzuheften. So werden etwa die Hälfte aller Zeitungen den Liberalen zugerechnet - diese Partei ist, verglichen mit ihren letzten Wahlergebnissen, überrepräsentiert, aber die sozialdemokratische Presse unterrepräsentiert ist. Aftonbladet mit knapp 400000 Exemplaren ist die einzige größere, sozialdemokratisch orientierte Boulevardzeitung. Die auflagenstärkste Zeitung Schwedens ist die liberale, Expressen mit 570000, Svenska Dagbladet mit 230000 ist die größte konservative Zeitung.

WP

In Schweden gilt das Öffentlichkeitsprinzip, d.h., dass behördliche Schriftstücke mit geringen Ausnahmen der Presse und allen Personen zugänglich sind. Niemand muss angeben, warum er oder sie ein Schriftstück einsehen möchte, weder muss man sich ausweisen. Es ist seit 1766 verfassungsrechtlich garantiert und ist daher die weltweit älteste Verfassungsregelung zur Informationsfreiheit. Auch auf dem Gebiet des Datenschutzes, des Partners der Informationsfreiheit, gehört Schweden zu den Vorreitern: Während das globale erste Datenschutzgesetz 1970 in Hessen verkündet wurde, trat das globale erste *nationale* Datenschutzgesetz 1973 in Schweden in Kraft. Eine weitere nordische Besonderheit ist das System der Ombudsmänner (schwed. *ombudsman*). Sie sollen die Rechte des Bürgers beim Kontakt mit den Behörden schützen und die Befolgung wichtiger Gesetze sicherstellen. Personen, die meinen, ungerecht behandelt worden zu sein, dürfen sich an die Ombudsmänner wenden, die den Fall untersuchen und ggf. als Sonderankläger vor Gericht bringen.

WPCopy

Erst nach diesem Diskussionsprozess macht die Regierung eine „Proposition“, welche die wichtigsten Untersuchungsergebnisse, Positionspapiere und den eigentlichen Gesetzesvorschlag enthält. In den Ausschüssen des Reichstages kommt es dann nicht oft zu substantiellen Änderungen des auf diese Weise erzielten Gesetzesvorschlages. Der Reichstag beschließt oder verwirft den Vorschlag oder verweist ihn (durch ein Drittel der Abgeordneten) an den Ausschuss zurück.

Der Reichstag wird vor den Neuwahlen aufgelöst. Die Regierung hat das Recht, Neuwahlen auszuschreiben. In diesem Fall dauert eine Legislaturperiode eines durch

Neuwahlen hervorgegangenen Reichstages nur bis zum Ende der regulären Wahlperiode.

In Krisen kann eine Kriegsdelegation, bestehend aus dem Reichstagspräsidenten und fünfzig Reichstagsabgeordneten für eine Amtszeit von 4 Jahren gewählt werden, um den Reichstag zu ersetzen.

Referendum

In der Volksabstimmung zählt jede Stimme gleich viel - dieses demokratisch wirkende Prinzip vergißt, daß im parlamentarischen System in Einzelfragen ein mehr oder weniger wichtigen Minderheitenschutz eingebaut ist - diesen gibt es bei Volksabstimmungen jedoch nicht. Sollte wirklich jede Stimme gleich viel zählen? Sollte vielleicht in der Frage des bereits genannten Rechts fahren auf der Strasse die Stimme des Taxifahrers bzw. der Omnibuschauffeur mehr Gewicht bekommen als die des nicht autofahrenden Rentners? Diesen Überlegungen schließt sich die Frage an, ob über prinzipiell alle Probleme eine Volksabstimmung möglich sein kann, ja sein darf. Fragen der Menschlichkeit z.B. eignen sich gar nicht als Volksabstimmungsthema.

Kalmar

Waldemar IV. Atterdag, der die dänische Machtposition in der Ostsee-Region gegen die Hansestädte zunächst erfolgreich hatte ausbauen können, verstarb 1375 und hinterließ nur zwei Töchter: Ingeborg war mit Heinrich III. von Mecklenburg verheiratet, deren Sohn Albrecht von Mecklenburg war noch von Waldemar zu seinem Erben auserkoren worden. Die Tochter Margrethe hingegen war mit Håkon VI. Magnusson verheiratet, der als Sohn des schwedisch-norwegischen Königs Magnus Eriksson 1355 König in Norwegen geworden war. Margrethe gelang es nun nach dem Tod des Vaters, beim dänischen Adel ihren Sohn Olav als Thronfolger durchzusetzen. Dieser Sohn, 1370 geboren, wurde mit sechs Jahren 1376 sowohl zum dänischen, als auch 1380 zum norwegischen König erwählt. Aber bevor er jedoch sein königliches Amt antreten konnte, starb Olav mit 17 Jahren und die Nachfolgefrage mußte erneut geklärt werden.

OA

Von den Studenten wurden folgende Observationen gemacht und analysiert:

1. Die Berichterstattung ist sehr ausführlich, die Titelseite wird komplett von dem Thema der deutschen Wiedervereinigung beherrscht, zusätzlich werden 2 Seiten ausschließlich diesem Thema gewidmet. Betont wird dieses Gewicht noch durch die vielen, großen Illustrationen. Unterschiedliche Aspekte werden beleuchtet: Neben den politischen Implikationen werden Kultur, Freizeit, psychologische Probleme, Arbeits- und Einkommensverhältnisse sowie der Sport diskutiert.
2. Es werden Artikel von TT-Reuter übernommen, die meisten wurden von eigenen Korrespondenten vor Ort geschrieben.
3. In den vielen Illustrationen wird mit starken Symbolen gearbeitet: Die (bundes)deutsche Fahne; die DDR-Fahne mit herausgeschnittenem sozialistischen Wappen; Menschen, die auf der Statue von Marx und Engels herumklettern.

WP

Die staatliche Verwaltung Schwedens ist derzeit in 21 Provinzen (*län*) unterteilt. Diese lehnen sich teilweise an die historischen Provinzen (*landskap*) an, in die das Land bis 1634 eingeteilt war, was sich in den Namen vieler Provinzen spiegelt. Mehr oder weniger deckungsgleich mit den historischen Provinzen sind Gotland, Skåne, Blekinge, Östergötland, Värmland und Dalarna; in anderen Fällen sind die historischen Provinzen in mehrere heutige Provinzen aufgeteilt (zum Beispiel die alten Lappland und Småland) oder aber mehrere historische Landschaften in einer einzigen Provinz zusammengefasst (zum Beispiel im Fall der heutigen Jämtlands län und Västra Götalands län). Die Provinzgrenzen folgen insgesamt in etwa den früheren Landskapsgrenzen, es gibt jedoch viele kleinflächige Abweichungen.

WPCopy

Daneben gibt es lokale und regionale politische Parteien, die Abgeordnete in Gemeindeversammlungen oder Provinziallandtage wählen. Seit 2003 gibt es die europakritische Partei Junilistan, der 2004 mit 14,5 % der Stimmen der Einzug in das Europäische Parlament gelang, aber 2009 mit 3,6 % keinen Sitz mehr erringen konnte. Die 2006 gegründete Piratpartiet (Piratenpartei) erhielt bei den Europawahlen 2009 insgesamt 7,13 % der Stimmen und konnte einen Sitz bekommen. Bei der erwarteten Erweiterung des Europaparlaments auf über 750 Sitze würde der Partei ein weiteres Mandat zufallen. In der Reichstagswahl 2010 konnte die Partei aber nicht mehr an diesen Erfolg anknüpfen und bekam nur 0,63 % der Stimmen. Die 2005 von der früheren Vorsitzenden der Vänsterpartiet, Gudrun Schyman, gegründete Feministiskt initiativ (Fi) Partei erhielt zwar erhebliche mediale Aufmerksamkeit, konnte aber bislang in kein regionales oder nationales Parlament ein Mandat gewinnen. Der größte Erfolg bislang waren 2,22 % bei der Europawahl 2009. Nur in der Heimatkomme Schymans, in Simrishamn, errang die Partei 4 der 49 dort zu vergebenden Mandate im Gemeinderat.

Referendum

Ausgangspunkt der Überlegungen über Sinn und Zweck der Volksabstimmungen muß es sein, daß wir in Nordeuropa parlamentarisch-repräsentativ- demokratische Systeme haben, in denen im Sinne der Gewaltenteilung das politische Entscheiden, Handeln und Verantworten Parlament und Regierung anvertraut sind. In der Repräsentation des einzelnen Bürgers durch von ihm beauftragte Verteter soll sich der politische Wille des Einzelnen einerseits wiederfinden, aber soll dadurch auch die Handlungsfähigkeit und nachvollziehbare Rationalität eines Systems erreicht werden. Diese Forderungen könnten verdeckt werden, wenn das Instrumentarium der Volksabstimmungen zu einem daurenden Ausrichten der politisch Handelnden im Sinne von Wetterfahnen, die dem gerade wehenden Windrichtung entsprechend eine Richtung anzeigen, verfahren werden würde.

Kalmar

In Schweden hingegen regierte seit 1364 der Onkel von Olav, Albrecht (II. - nicht der Albrecht von oben, der Neffe von diesem war) von Mecklenburg. Wieder standen die in Skandinavien maßgeblichen politischen Kräfte, insbesondere Margrethe, die Mecklenburger, der dänisch-norwegische sowie schwedische Adelsfamilien und "die" Hanse vor schwierigen Entscheidungen. Margrethe nutzte das drohende Machtvakuum

im Norden geschickt und ließ sich in Dänemark (1375), Norwegen (1380) und Schweden (1388) als Königin krönen. Für die Hansestädte, die im Stralsunder Frieden von 1370 ihren großen militärischen Sieg über Waldemar Atterdag bestätigten und dort u.a. das Mitspracherecht bei der Thronnachfolge in Dänemark zugesprochen bekommen hatten, war die Lage sehr kompliziert geworden.

OA

Inhaltlich stehen die politischen Ereignisse im Mittelpunkt, die nur im kleinen Umfang mit historischen Hintergrundinformationen belegt sind. Soziale oder wirtschaftliche Folgen der Wiedervereinigung spielen keine große Rolle. Die gegebenen Informationen erscheinen korrekt, durch den einigermaßen positiv-überschwänglichen Charakter der Artikel vermitteln die Informationen aber ein ganz eigenes, sehr affirmatives Bild. Das gilt zum Beispiel für die ausführliche Berichterstattung über die Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur Wiedervereinigung, die gar nicht hinterfragt, sondern nur zitiert werden.

Die Berichterstattung entspricht in etwa der von Dagens Nyheter, allerdings fehlt ein großer, zentraler Aufmacher, auch sind Charakter und Themenauswahl etwas verschieden. Insgesamt wird in 9 umfangreichen und einigen kurzen Artikeln auf die deutsche Einheit eingegangen. Es wird über viele Aspekte politische, militärische und persönliche Ereignisse berichtet.